

Schuld – Schulden – Verschuldung. Wer ist schuld an der Verschuldung?

12. Bayerische Jahrestagung Schuldnerberatung

Augsburg, 14. November 2011

Dr. Franz Segbers

Die Erörterung der Krise darf nicht den Ökonomen überlassen werden, denn die Krise reicht tiefer, denn es geht bei der Verschuldung um mehr als überzogene Kredite. Schulden sind im Kern ein ethisch-moralisches Prinzip. Die Rede, dass eine ganze Gesellschaft aber auch einzelne Individuen über ihre Verhältnisse gelebt hat, ist die Übertragung eines ökonomischen Schuldenprinzips auf die Ebene des moralisch-ethischen Schuldprinzips. Die Verschuldung, die ein Staat eingegangen ist, wird zu einer „Quasi-Erbschuld“. Bürger werden schuldig geboren und müssen diese Schuld abtragen, die sie keineswegs „verschuldet“ haben. Doch eine solche Schuld abzutragen, ist ein religiöses Motiv. Bei der Frage nach der Verschuldung geht es also um mehr. Wer ist schuld an der Verschuldung und wer profitiert von der Verschuldung und bekommt nun das Geld?

Die Neoliberalen mit ihren Grundüberzeugungen, die so lange gegolten haben, haben sich blamiert. Was noch gestern als festes und unumstößliches Credo geglaubt und allenthalben gepredigt wurde: die Vorzüge der Selbstregulierung der Märkte, die Schädlichkeit staatlicher Intervention bis hin zur überlegenen Effizienz freier Kapitalmärkte – das alles hat sich als irrig gezeigt. Zunächst versuchte man den Glauben zu retten und führte das Desaster auf menschliches Versagen und Gier zurück. Das System selber sei in Ordnung, allenfalls die Akteure – die Bankmanager, die Analysten oder die Rating-Agenturen – hätten nicht richtig funktioniert. Kann man das System und die Menschen, die in diesem System leben und agieren so fein säuberlich voneinander trennen? Wer ist hier schuld an den Schulden?

1. Verschuldung allerorten: Ganze Erdteile, Länder und Individuen sind verschuldet

1.1 Staatsverschuldung

Banken sind Einrichtungen, die sich selbst verschulden, um andere zu verschulden und dabei kräftig, manchmal unverschämt, verdienen. Was ist zur dieser Definition einer Einrichtung, die sich Finanzdienstleistung nennt, zu sagen? Ist sie zutreffend oder falsch? Diese zugegeben provokant angesetzte Formulierung kann auf einen zentralen Tatbestand aufmerksam machen: Schulden, weder die von Staaten noch die von Einzelpersonen, sind kein Betriebsunfall oder ein auf moralisch unverantwortliches Handeln von einzelnen Subjekte zurückführbares Phänomen, sondern Schulden sind ein unvermeidlicher und sogar unverzichtbarer Faktor des Finanzkapitalismus.

Nur wenige Wochen nachdem die Wirtschaftskrise im Herbst 2008 ausgebrochen war brachte die Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Erklärungsfigur für die weltweite Finanzkrise in Gespräch. „Man hätte einfach nur die schwäbische Hausfrau fragen sollen“, riet Merkel. „Sie hätte uns eine Lebensweisheit gesagt: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben.“ Die kluge Hausfrau aus Schwaben lebt nicht über ihre Verhältnisse, sie legt etwas auf die hohe Kante. Die schwäbische Hausfrau steht für Fleiß, Arbeit und Sparsamkeit. Sie legt ständig etwas beiseite, um sich irgendwann den Traum vom eigenen Häusle verwirklichen zu können. Auf jeden Fall hätte sie sich nicht dermaßen verschuldet.

Die schwäbische Hausfrau ist Symbol für eine vermeintlich einleuchtende Ursachenanalyse für die Verschuldung. Schuld seien die Staat und letztlich die Bürgerinnen und Bürger, die „über ihre Verhältnisse gelebt hätten“. Doch tatsächlich ist diese Einschätzung ist aus zwei Gründen nicht haltbar und vollkommen absurd.

Ein Blick auf die Verschuldungsquote zeigt erstens, dass von 1999 bis zum Ausbruch der Finanzkrise 2007 die Schuldenstandsquote – also das Verhältnis von Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) – im Euroraum (EWU 16) kontinuierlich von etwa 72 Prozent auf 66 Prozent gefallen ist – besonders in den späteren Krisenländern Irland und Spanien. Für alle Länder zeigt sich ein Anstieg der Schuldenstandsquote mit Beginn der Weltwirtschaftskrise. So wuchsen die Schulden in Deutschland zwischen 2007 und 2010 wegen der Wirtschaftskrise um 30 Prozent von 1.500 auf 2.000 Mrd. Euro. Durch Bankenrettung und Konjunkturprogramme sind allein 2010 die Schulden um 300 Mrd. gestiegen. Hier hat niemand über seine Verhältnisse gelebt, sondern schuld ist die Bankenkrise. Sie wurden mit einer ungeheuren Verschuldung, die der Staat eingegangen ist, gerettet.

„Es darf nicht mehr sein, dass die Banken und die Banker die Kiste gegen die Wand fahren und dann den Steuerzahler aufräumen lassen. Wir brauchen Regeln, damit der Staat nie wieder von den Banken erpresst werden kann.“ So hatte die Bundeskanzlerin Merkel 2009 auf die Finanzkrise reagiert. Sie gibt also zu, erpresst worden zu sein, konstatiert die Übermacht der Finanzmärkte und die eigene Ohnmacht. Der us-amerikanische Soziologe David Harvey nennt dies einen „Finanzstaatsstreich, gerichtet gegen die Regierung und die Bevölkerung“. Dabei hatte noch zehn Jahre zuvor der Chef der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer auf dem *World Economic Forum* in Davos den versammelten Regierungschefs und Konzernchefs unverhohlen klagemacht, dass die Finanzmärkte die Politik unter Druck setzen: „Die meisten Politiker sind sich immer noch nicht darüber im Klaren, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ Dies bedeutet nichts anderes als dass die Banken die demokratisch gewählten Regierungen beugen, zu einer Politik der Anpassung an die Interessen der Finanzmärkte zwingen und zu einer Bedrohung der Demokratie ausarten. Genau das hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel bestätigt, als sie in der Debatte über die Griechenlandhilfen sagte: „Wir leben ja in einer Demokratie und das ist eine parlamentarische Demokratie und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments und insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“

Die Finanzmärkte sind nicht Millionen Kleinaktionäre, sondern institutionelle Anleger, Hedgefonds oder Rentenfonds. Diese Finanzoligarchie ist die faktisch dominierende Weltmacht. Sie haben sich ihre Rettung teuer bezahlen lassen: Die Kosten beliefen sich nach einer Schätzung der Commerzbank auf über 10 Billionen Dollar- immerhin 20 Prozent des Weltsozialproduktes. Nicht „wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“, sondern die Politik hat dem rücksichtslosen Finanzgebaren Tor und Tür geöffnet.

Die schwäbische Hausfrau und alle Politiker, die sich an dieser Leitfigur orientieren, täuschen sich aber in einem zweiten noch gewichtigeren Punkt: In einer Familie kann man nur ausgeben, was man einnimmt. Wer diese Haushaltsregel übersieht, der gerät früher oder später in eine Verschuldung- oder sogar Überschuldungsspirale. Ein Staatshaushalt funktioniert aber gerade umgekehrt: Geldvermögen der einen sind immer Schulden der anderen. Mit jeder Kreditvergabe erschaffen die Banken neues Geld, indem sie auf dem Konto des Schuldners einen bestimmten Betrag gutschreiben und den Betrag nach einer Frist in Zins und Zinseszins zurückfordern. „Lassen Sie ihr Geld für sich arbeiten“, heißt es zwar in der bekannten Sparkassenreklame. Doch das Geld arbeitet natürlich nicht sondern muss erarbeitet werden. Der Kapitalismus lässt sich als ein kreditgetriebenes Wirtschaftssystem verstehen, dass doppelgesichtig ist: Es schafft Wohlstand, indem es verschuldet.

Schulden sind nützlich

Die staatliche Pro-Kopf-Schuld ist auf aktuell etwa 25 000 Euro angewachsen. Das hört sich nach viel an. Allerdings stehen der staatlichen Verschuldung noch beachtlichere private Vermögen gegenüber. Die gesamtwirtschaftliche Vermögens- und Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank zeigt, wer von der Staatsverschuldung profitiert, wer Schuldner und wer Gläubiger ist. So stieg allein von 1991 bis 2009 das Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland, allerdings völlig ungleich verteilt, um fast 1.840 Milliarden Euro. Dies waren jahresdurchschnittlich 96,8 Milliarden Euro an privatem Reichtumszuwachs. Im selben Zeitraum nahm die Staatsverschuldung („öffentliche Armut“) um knapp 888 Milliarden Euro (jahresdurchschnittlich um 46,7 Milliarden Euro) zu. Die privaten Vermögen stiegen etwa zweieinhalbmals schneller als die Verschuldung. Diese Summe der privaten Vermögen ist dabei sehr ungleich verteilt. Werden die Personen nach der Höhe ihres Nettovermögens geordnet und dann in zehn gleich große Gruppen (Dezile) eingeteilt, so zeigt sich für das Jahr 2007, dass das reichste Zehntel über 61 Prozent des gesamten Vermögens verfügte. Darunter hielten die obersten fünf Prozent 46 Prozent und das oberste eine Prozent etwa 23 Prozent des gesamten Vermögens. Auf der anderen Seite verfügten 27 Prozent der erwachsenen Bevölkerung über kein Vermögen oder waren sogar verschuldet. Damit konzentriert sich das Vermögen nicht nur wenigen sondern wird auch noch über den Zinseszins-Effekt in den Geld- und Finanzmarkt gespült, wo es wie ein Treibsatz wirkt.

Die Verschuldung des Bundes, der Länder, Gemeinden und Sozialversicherungshaushalte nahm von 1991 bis 2009 um fast 890 Mrd. Euro zu. Die gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung zeigt: Die Schulden der einen sind das Vermögen der anderen. Aus genau dieser Reichtumskonzentration in wenigen Händen resultieren die Spekulationsrisiken, denn das in hohem Maße ungleichverteilte Kapital sucht nach renditeträchtigen Anlagen. Den Gläubiger mit

ihren Vermögensbeständen stehen die Schuldner, die Kreditnachfrager. Ohne diese Schuldner könnten die Vermögenden ihr Kapital nicht gewinnbringend verwerten. Diese Verbindlichkeiten sind aber tatsächlich nichts anderes als die Vermögensüberschüsse der privaten Haushalte und der Banken.

Die andere Seite der Staatsverschuldung besteht darin, sie eine lautlose Umverteilung von unten nach oben organisiert. Die Kinder reicher Gläubiger werden jene Forderungen gegenüber dem Staat in Form von Staatsanleihen erben, die von allen Kindeskindern gleichermaßen bedient werden müssen. Kinder aus armen Familien erben dagegen nur Verbindlichkeiten, also Schulden in Form von staatlichen Zinslasten Rückzahlungen und keine Staatsanleihen von ihren Eltern. Wer hat jetzt über seine Verhältnisse gelebt? Damit die Vermögenden ihr vor der Krise angeeignetes Vermögen nicht verlieren, tritt der Staat als Bürge mit Rettungsschirmen auf und verlangt einen scharfen Einschnitt in Ausgaben des Staates. Die Rettungsschirme retten vor allem nicht die verschuldeten Staaten, sondern vornehmlich die privaten Gläubiger der jeweils verschuldeten Staaten. Nach einer Studie werden rund vier Fünftel der Hilfe müssen für Zins- und Tilgungszahlungen verwendet, während nur knapp ein Fünftel zur Finanzierung des laufenden Haushalts übrig bleibt. (Neue Zürcher Zeitung vom 11.11.2011) Weit über die Hälfte der Tranche fließt dabei zurück ins Ausland, wobei auch jene 23%, die griechischen Finanzhäusern zugeschlagen werden, wieder zum großen Teil bei der EZB landen, weil Griechenlands Banken das Geld für die Refinanzierung bei der Frankfurter Behörde verwenden müssen. Längst kommt nämlich die von den Steuerzahlern der Geberländer finanzierte Hilfe größtenteils den Finanzhäusern dieser Geberländer zugute, genauer: jenen, die ihr Vermögen zwecks Vermehrung den Banken anvertraut haben.

Staatsverschuldung ist ein Ausdruck dafür, dass die Staatseinnahmen nicht mehr ausreichen, um den staatlichen Aufgaben gerecht zu werden. Anstatt aber nun die vermögenden Schichten und die Unternehmen in einem solchen Maße zu besteuern, dass der Staat über die nötigen Einnahmen verfügt, die ihn handlungsfähig machen, leiht der Staat sich bei den Wohlhabenden Geld und bezahlt ihnen dafür auf Kosten der Allgemeinheit attraktive Zinsen. Die Kreditierung erfolgt jedoch nicht gleichmäßig durch alle Bevölkerungsschichten, sondern vor allem über das Geldvermögen der Wohlhabenden. Staatsverschuldung ist eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, die zu einer permanenten Umverteilung wird, wenn der Schuldenstand eine Summe erreicht hat, die faktisch nicht abgezahlt werden kann. Die unteren Einkommensschichten, die durch den rigorosen Sparkurs am stärksten betroffen sind, sind zugleich auch jene, die die Zinseinnahmen der Vermögenden bezahlen. Die staatlichen Defizite erhöhten die Staatsverschuldung und zwangen so die Staaten sich das benötigte Geld an Finanzmärkten bei den Plutokraten zu borgen. Hier zeigt sich die politisch verursachte Politik der leeren Kassen, die gegen eine traditionelle Regel der Finanzwissenschaft verstoßen hatte, regelmäßige und laufende Ausgaben über Steuern und nur längerfristige Investitionen über Schuldtitel, die dann auch von der nachwachsenden Generation zu bedienen sind, zu besorgen.

Das gemütliche Bild der schwäbischen Hausfrau verdeckt die tiefen sozialen Einschnitte und Spardiktate in Deutschland und den Ländern, in denen überhöhte Schulden ausgemacht worden sind. Ein deutscher FDP-Politiker hat den Griechen

den Verkauf von Inseln, Frau von der Leyen den Verkauf von Gold empfohlen. An die Bewilligung der Finanzhilfen an Griechenland werden harte Bedingungen geknüpft. Löhne und Gehälter sollen gekürzt, Renten eingefroren und soziale Leistungen noch drastischer reduziert werden. Gleichzeitig müssen, dem neoliberalen Kurs der EU folgend, Unternehmen der Daseinsvorsorge privatisiert werden. Flughäfen und Häfen sollen an private Konzerne verhöckert werden. Alle geforderten Maßnahmen gehen eindeutig zu Lasten der einfachen Bevölkerung.

1.2 Verschuldung des Südens

Die von EU, IWF und EZB auferlegten Diktate erinnern an die unerträglichen Strukturanpassungsprogramme, die der Internationale Währungsfonds den lateinamerikanischen Ländern in den 80er Jahren auferlegt hatte. Die Industrienationen hatten den Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika eine kreditfinanzierte industrielle Entwicklung empfohlen. Als jedoch die Zinsen stiegen, gerieten die Länder in eine Verschuldungsspirale, die zu Hunger, Armut, Not und Arbeitslosigkeit führten. Seit 1984 kehrten sich dann Finanzströme um: Es floss mehr Kapital vom armen Süden in den reichen Norden als der reiche Norden Finanzhilfe gewährt hatte, denn die Schulden mussten mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden.

Aus dieser Erfahrung hätte man in Europa lernen können. Doch stattdessen kehren die Strukturanpassungen, die für die Länder des Südens zur Eintreibung der Schulden erfunden hatte, nach Europa zurück. In der sich abzeichnenden Krisenbewältigung importiert die EU Strukturanpassungsprogramme nach dem Muster des IWF, die das ‚soziale Europa‘ ad absurdum führen. Was Europa den anderen angetan hat, schlägt nun auf Europa zurück. Die rasant gestiegene Verschuldung zur Unterstützung der Banken wird den vermeintlich überhöhten Sozialhaushalten zu geschoben. Doch tatsächlich wird im Windschatten der Krise das Modell eines sozialen Europas oder Kapitalismus als Krisenlösung in Frage gestellt: Deregulierung des Arbeitsmarktes, Kürzung der Löhne, der Renten und im Gesundheitswesen, Erhöhung der Arbeitszeit und des Renteneintrittalters sowie Entlassungen aus dem Staatsdienst, damit die Märkte zufrieden sind sonst droht Ungemach. Außerdem hat die Regierung angekündigt, die Renten weiter zu kürzen, Sozialleistungen für kinderreiche Familien zu streichen und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst von bis zu 40 Prozent durchzusetzen. Ferner sollten 30 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes für ein Jahr bei 60 Prozent des Gehaltes beurlaubt und anschließend entlassen werden. Auf Deutschland übertragen wäre das ein Einsparprogramm in Höhe von 312 Milliarden Euro bis 2014 oder ca. 62 Mrd. Euro jährlich. Gerungen wird um die Frage: Gilt der Primat der Politik oder der Primat der Märkte?

1.3 Privatverschuldung

Über 3 Mio. Haushalte sind überschuldet. Dabei sind vier eindeutige Auslöser oder Ursachen von Überschuldung auszumachen: Arbeitslosigkeit, Trennung, unverantwortlicher Konsum und gescheiterte Selbständigkeit. Auffallend ist, dass unverantwortliches Konsumverhalten langfristig einen rückläufigen Trend zeigt, obwohl es in der öffentlichen Debatte einen so übermäßigen Raum einnimmt.

Dagegen nimmt eine Ursache für Verschuldung zu: Krankheit. Hier zeigen sich die Folgen der sog. Gesundheitsreformen. Der Verschuldungsreport zeigt, dass 75 Prozent der Haushalte überhaupt kein Vermögen hatte. Die Kreditvergabe ist zu einem immer bedeutenen Geschäftsfeld für die Banken geworden. So ist der Anteil der Konsumentenkredite und Hypothekendarlehen an private Haushalte an den gesamten Bankenkrediten deutlich gestiegen. Die zunehmende Kreditaufnahme ist Ausdruck der stagnierenden oder sogar sinkenden Reallöhne. Die Kreditvergabe hat die zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung ein Stückweit kompensiert. Die Schulden der privaten Haushalte sind im Verhältnis zu ihrem verfügbaren Einkommen in Deutschland wie in einer Reihe anderer ökonomischer Zentren erheblich gestiegen. Als Mitte der neunziger Jahre die staatlichen Spielräume zur Stabilisierung der Nachfrage wegen der anwachsenden Schuldenlast ausgeschöpft schienen, rückte insbesondere in den USA eine andere Strategie in den Vordergrund: die Verschuldung der privaten Haushalte. Passend zum Privatisierungstrend handelt es sich im Grunde um eine Art neoliberalen „Keynesianismus der privaten Hand“: Nicht der Staat verschuldet sich, um der Wirtschaft mehr Nachfrage zu verschaffen, sondern die Verbraucher selbst verschulden sich, um ein Konsumniveau zu finanzieren, das sie sich mit ihren Löhnen und Gehältern bei weitem nicht leisten könnten. Darin lag letztlich der Kern des Hypothekenbooms in den USA, denn die Hauskredite dienten nur zu geringen Teilen tatsächlich dem Bau und Kauf neuer Häuser. Mehrheitlich wurden vorhandene Häuser mit Blick auf ihre fiktiven Wertsteigerungen mit immer größeren Summen beliehen, die entweder der Refinanzierung alter Schulden dienten oder direkt in den Konsum flossen. Ohne diesen Mechanismus sähe es auf dem US-Binnenmarkt schon seit vielen Jahren nicht besser aus als auf dem deutschen, denn der mittlere Stundenlohn etwa im amerikanischen verarbeitenden Gewerbe liegt mit 16,57 Dollar heute inflationsbereinigt auf dem Niveau der späten 60er Jahre.

Eine neuere Studie aus Österreich belegt, dass Haushalte mit niedrigeren Schuldenständen, die vorrangig Konsumkredite halten, tendenziell am stärksten durch Verschuldung belastet sind. Wie bei der internationalen Verschuldung kommt es zu einer Überschuldung, d.h. zur Unfähigkeit, Zins und Tilgung aufzubringen, wenn die für den Schuldendienst notwendigen Zahlungen nicht getätigt werden können. An dieser Stelle beginnt das Schuldenkarussell zu drehen, d.h. es müssen neue Kredite aufgenommen werden, um den Schuldendienst oder zumindest die Zinszahlungen auf die alten Kredite leisten zu können. Am Ende müssen mehr Gelder als Zinsen zurückgezahlt werden, als an ursprünglichem Kredit aufgenommen wurde. Dies gilt sowohl für die Schuldenkrise des Südens als auch für die Privatverschuldung. In beiden Fällen wird die Krise oft zu einer Not, die als moderner Schuldturm ohne Entrinnen angesehen werden kann.

Fazit: Die Milliarden aus den Rettungspaketen an Griechenland dienen insofern vor allem den immensen Zinszahlungen, die der griechische Staat leisten muss und fließen umgehend an europäische Großbanken zurück. Diese Zinsverpflichtungen sind sakrosankt. Sie müssen unbedingt bedient werden. Doch - was sind die privaten Schulden von durchschnittlich 22.000 Euro pro Privatschuldner schon gegen die Staatsschulden, die allein in Europa 7.8 Billionen betragen! Die enorme kreditfinanzierte private Verschuldung gerade in den USA, Großbritannien, Spanien oder Irland war die wichtigste Konjunkturspritze. Als diese dann wegbrach, kam es

zur Finanzkrise und der Staat verschuldet sich durch Konjunkturprogramme, als die private Verschuldungsdynamik bei der US-Immobilienkrise zusammenbrach. Der (Finanz-) Kapitalismus braucht offenbar zum Funktionieren die private oder auch die öffentliche Verschuldung.

2. Wie Verantwortung wahrnehmen angesichts strukturellen Verschuldungsmechanismen?

Der Chefermittler der Ursachen der beispiellosen Finanzkrise im US Senat hatte einen ehemaligen Banker gefragt. „Raubt es Ihnen nicht den Schlaf, wenn Sie daran denken, was Sie angerichtet haben?“ Dessen Antwort lautete: „Wir sind nicht verantwortlich, wirklich nicht. Sorry for that.“ Anders gesagt: Wir sind Opfer eines unberechenbaren Schicksals. Doch was passiert, ist kein Naturereignis wie ein Hurrikan, sondern die Folge von Handeln und Fehlverhalten sowie von Systemfehlern. Andererseits wird bei der Staatsverschuldung den Bürgern, gerade auch in den europäischen Olivenländern die Schuld zugerechnet. Sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt.

Was meint eigentlich Verantwortung in Systemen? Verantwortung ist also ein personalistischer Begriff. Verantwortung ist etwas, das sich zwischen Personen vollzieht. Verantwortung hat eine dreigliedrige Struktur: Ich habe erstens Verantwortung, für etwas und drittens vor jemandem. Verantwortung bezieht sich auf ein Handeln, das auf menschliche Entscheidungen zurückgeht. Für schlechtes Wetter tragen wir keine Verantwortung, wohl aber für die klimatischen Veränderungen, die durch unsere Eingriffe in die Natur entstanden sind. Wie aber kann dann Verantwortung für Prozesse oder gar der Verschuldungsdynamik des Kapitalismus übernommen werden?

Niklas Luhmann geht davon aus, dass in der hochmodernen Gesellschaft, der Mensch überhaupt keine Verantwortung wahrnehmen kann. Die Gesellschaft - so Luhmann – sei ein System, das nicht gesteuert werden könne und in dem dann auch niemand ein Verantwortung wahrnehmendes Subjekt sein kann. Luhmann nennt Verantwortung deshalb auch eine „Verzweiflungsgeste“.

Dagegen bringt die Rede von Verantwortung den Menschen als ein handelndes Subjekt ins Spiel. Verantwortung lässt sich ethisch und rechtlich nicht anders denken denn als das Einstehen für eine begangene oder zu vollziehende Handlung, die jemand zugeschrieben werden kann. Beispiel: Ich fahre über eine rote Ampel. Ich verletze eine Regel. Ich hätte stoppen können. Deshalb muss ich mit der Folge leben: Punkte in Flensburg.

Eine wichtige Ursprungslinie des Verantwortungsgedanken führt zu Dietrich Bonhoeffer, der aus seiner Erfahrung im Widerstand neu und entscheidend über Verantwortung nachgedacht hat. Zur Verantwortung gehört für ihn, „dem Rad in die Speichen zu greifen, wenn der Kutscher betrunken ist“. Darin hat Bonhoeffer zwei Ebenen miteinander verbunden: Die Ebene der Analyse (der Kutscher ist betrunken) und die Ebene des handelnden Subjekts, das in die Speichen greifen muss.

Gewendet auf unser Problem der Verschuldung und Überschuldung von Menschen, Ländern und Völkern ist deshalb zu fragen:

Erstens: Wer ist der Kutscher? Ist es eine Person, die falsch handelt oder liegt ein Systemfehler vor?

Zweitens: Wer kann in die Speichen greifen?

2.1 Wer ist der Kutscher? Ist es eine Person, die falsch handelt (der Schuldner oder der Darlehensgeber?) oder liegt ein Systemfehler vor?

Schulden sind ein notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Geldwirtschaft. Der Geldbesitzer braucht den Schuldner, damit sich - vermittelt über die sogenannten Geldinstitute - sein Geldbesitz lohnt und arbeitet – wie es in der bekannten Sparkassenwerbung heißt. Der eigentliche „Unternehmer“ ist daher der Schuldner, denn er muss viel unternehmen, um seine Schulden abzutragen und den Zinsdienst zu leisten.

Diese etwas abrupt wirkende Feststellung beruhen auf einer sowohl grundsätzlichen Analyse unseres Geldsystems als auch auf einer Beobachtung der Verschärfung der Verschuldungsproblematik, und zwar auf privater, staatlicher und internationaler Ebene. Stärker als die von den Schuldnerländern und ihren Repräsentanten zu verantwortenden Ursachen (Misswirtschaft, Korruption, Kapitalflucht), stärker als Regierungen, die die Staatsverschuldung nicht in den Griff bekommen, stärker noch als eine überschuldete Person, die mehr ausgibt als sie hat und den Geldrahmen des privaten Haushalts überschreitet - ist das globale Finanzsystem für die fortschreitende Überschuldung verantwortlich zu machen.

Auch von der Höhe des Zinssatzes her harmlos klingende Zinsforderungen wie z.B. 5 Prozent wirken sich vor allem dann langfristig mörderisch aus, wenn nicht getilgt und die anfallenden Zinsen nicht bezahlt werden können und der früheren Schuld hinzugerechnet werden. Dann tritt der bei Habenzinsen so begrüßte Zinseszinsmechanismus in Kraft, der - mathematisch gesprochen - ein exponentielles und nicht nur lineares Wachstum darstellt. Im angegebenen Beispiel von 5 Prozent würde eine Schuld sich schon nach 15 Jahren mehr als verdoppelt haben, wobei es natürlich ökonomisch und sozial ein riesiger Unterschied ist, ob sich Hunderttausend Dollar oder eine Milliarde Dollar an Schulden verdoppeln. Wer schon die erste Summe nicht bezahlen konnte, ist erst recht bei der zweiten endgültig chancenlos. Unabhängig von der Art des Kredites, der Vertragsform, der Gläubigerinstitution (Banken, IWF, Staaten) wirkt allein der mathematisch unschuldige Mechanismus als solcher im wahrsten Sinne für Millionen Menschen tödlich, weil er das Volksvermögen und das Leben der Schuldner auffrisst. Das exponentielle Wachstum der Schulden ist eine notwendige Bewegungsform des Systems und nicht ein Ergebnis falschen individuellen Konsumverhaltens.

Die neoliberale Steuersenkungsmanie hat die Einnahmen des Staates reduziert und die Staatsaufgaben durch Verschuldung finanziert. So verwundert es nicht, dass die Staaten auf private Banken und Finanzinstitute angewiesen sind, ihre Ausgaben zu finanzieren, da sie diese nicht durch Steuereinnahmen begleichen können. Schulden türmen sich auf, wenn Einnahmen und Ausgaben sich nicht im Gleichgewicht befinden.

Dies zeigt: Systeme – so komplex sie auch erscheinen – sind kein Naturereignis, sondern Ergebnis von menschlichem Handeln und enthalten deshalb auch einen Handlungsraum, der durch keine Systemkomplexität aufgehoben wird. Finanzmärkte sind keine schicksalhafte Einrichtung, die über das Leben regiert und denen die Menschen ohne Gestaltungsoptionen ausgeliefert seien. Worin aber besteht die Verantwortung in einem rechtlich, ökonomisch und politisch komplexen System wie der Finanzwirtschaft?

Beispiel Klimaerwärmung

Jemand kauft ein Auto. Trägt der Käufer eines Autos eine Verantwortung für die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes? Nicht allein der Käufer, auch der Hersteller. Aber nicht nur diese beiden, sondern auch die Politik. Sie muss durch Gesetze die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes so regeln, dass diese Maßnahme nicht von der Einsicht, dem Geld oder der individuellen Entscheidung abhängt.

Dieses Beispiel zeigt, dass Verantwortung dann eine gefährliche Verengung darstellt, wenn diese sich vorrangig auf das persönliche Verhalten des Autokäufers oder Verkäufers gelenkt wird. Verantwortung in Systemen besteht darin, dass Menschen vorrangig für die Regeln und die Ordnung verantwortlich sind. Doch diese Verantwortung ist keineswegs subjektlos oder gar allgemein. Wer Verantwortung einzelnen Individuen zuordnet, der überschätzt die Veränderbarkeit von ökonomischen oder gesellschaftlichen Verhältnissen und den Gestaltungsspielraum. Aber auch wer Verantwortung wahrnimmt, der kann die Folgen seiner Entscheidungen, die unbeabsichtigt oder unerwartet auftreten, keineswegs überblicken. Deshalb bedarf es einer politisch zu verantworteten und zu setzenden Rahmenordnung. Wer verlässlich den CO₂-Ausstoß reduzieren will, der kann nicht auf die ökologische Sensibilität des Autokäufers, das Geschäftsinteresse des Händlers oder der Hersteller vertrauen. Verantwortung, die verlässlich und nachhaltig wirken will, bezieht sich auf eine gerechte Ordnung. Ohne eine gerechte und gute Finanz- und Wirtschaftsordnung, die die Individuen von einer überbordenden Verantwortung entlastet, geht Verantwortung ins Leere. Die individuell wahrzunehmende Verantwortung braucht eine ethische Rückenstütze durch eine gerechte Ordnung. In diesem Sinne stellt die individuelle Verantwortung ein nachgelagertes Handlungsprinzip dar. Ihr vorgelagert ist die kollektive oder republikanische Verantwortung der Bürger, die darin besteht, die Politik zu drängen, auch gegen Widerstand von interessierten Lobbygruppen eine entsprechende Rechtsordnung zu schaffen. Republikanische Verantwortung spricht den Bürger auf seine Verantwortung an, für die *res publica*, die öffentlichen Belange politisch einzutreten und für sie Verantwortung zu übernehmen. Die Finanzmärkte sind nichts anders als wirtschaftliche, rechtliche und politische Strukturen, die von Menschen geschaffen wurden. Sie sind das Ergebnis der Art und Weise, wie Wirtschaft betrieben wird, nicht deren schicksalhafte Grundlage.

Bürger und Staat stehen in Verantwortung für eine Finanzarchitektur, die die EKD in ihrer Erklärung zur Finanzkrise „Risse in der Mauer“ so beschrieben hat.
„Eine darauf beruhende globale Rahmenordnung braucht als Ziele

- eine Wirtschaft, die den Menschen heute dient, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu zerstören, sowie
- eine (Welt-)Gesellschaft, die die Verbesserung der Situation ihrer ärmsten und schwächsten Mitglieder zu ihrer vorrangigen Aufgabe macht, und
- schließlich ein Finanzsystem, das sich in den Dienst dieser Aufgabe stellt.“

Schulden sind ein zweiseitiges ethisch-moralisches Problem. Sie sind ein ethisches Prinzip, das auf einem Versprechen gründet, dass die Schuld beglichen wird. Sie sind aber auch eine moralische Waffe in der Hand der Gläubiger, die Einhaltung des Versprechens auch mit Gewalt durchzusetzen. Was geschieht, wenn die Schuldner erkennen, dass ihre Lage schier aussichtslos ist und sie die Schulden nicht beglichen können? Das Leben wird dann auf die Anstrengungen reduziert, die Schulden zu bezahlen. Verschuldete Individuen wie auch ganze Völker opfern dann ihr Leben und geraten in geschichtlich unterschiedliche doch im Kern identische Formen von Schuldklaverei. Sie geraten unter ein Schuldendiktat, dass die Bedienung der Schulden als unverzichtbar begreift.

Wo liegt die Verantwortung für die Überschuldung? Bei allen ethischen Überlegungen ist zunächst der ökonomische Sachverhalt festzuhalten: Das exponentielle Wachstum der Schulden ist eine notwendige Bewegungsform des Geldsystems und nicht ein Produkt privater Bosheit, Schuld oder öffentlicher Unmoral. Der einzelne, überschuldete Mensch steht genauso vor einem riesigen, unüberwindbaren Schuldenberg wie die Staaten. Schuld an der Schuldenkrise ist das globale Finanzsystem selbst, *innerhalb* dessen Länder, Völker und Individuen Schulden auf sich laden. Der neoliberale Finanzkapitalismus hat diese strukturelle Bewegungsform des Kapitalismus von allen Fesseln befreit und eine Verschuldungsdynamik durch eine Schiefverteilung des Vermögens in Gang gesetzt. Aber auch für Strukturen und Prozesse, die Menschen eingerichtet und zum Laufen gebracht haben, tragen Menschen Verantwortung und sind gegebenenfalls verpflichtet, Einhaltung zu gebieten.

2.2 Wer kann und muss in die Speichen greifen?

Was heißt Verantwortung für ein System, das strukturell darauf basiert, dass Schulden gemacht werden und Schulden kein „Betriebsunfall“ sondern notwendiger ökonomischer Bestandteil des Geldsystems sind? Kann man aber überhaupt von Freiheit und Verantwortung sprechen, wenn es einen systembedingten Zwang zum Schuldenmachen gibt? Das Ausmaß moralischer Verantwortung erstreckt sich jedoch nur soweit, als die eigenen Handlungsmöglichkeiten reichen. Freiheit und Verantwortung sind Voraussetzung für Schuld.

Wenn Schulden bezahlbar sind, dann ist ihre Bezahlung für den Schuldner zwar immer noch eine anstrengende Sache, aber er kann sich am Ende von der Schuld befreien. Doch wie ist der Fall zu bewerten, in dem die Schulden unbezahlbar sind?

Seit Menschengedenken ist die Liste der denkbaren Möglichkeiten im Umgang mit einem zahlungsunfähigen Schuldner so gut wie konstant geblieben:

- Der Gläubiger versucht die Schulden einzutreiben, und zwar mit Gewalt, wobei es wiederum verschiedene Abstufungen gibt, von der Pfändung bis zur

Schuldknechtschaft und Diktatur der Finanzmärkte in ihren unmittelbaren oder auch subtileren Formen.

- Der Gläubiger ermöglicht Umschuldungen zu besseren Konditionen oder räumt neue Modalitäten zur Abtragung der Restschuld ein.

Denkbar ist aber auch eine dritte Möglichkeit:

- Die Mitglieder der entsprechenden Gesellschaft beschließen Rahmenrichtlinien, die den Überschuldeten die Möglichkeit eines aussichtsreichen Neubeginns einräumen.

Die weltweit führende Wirtschaftsberatung Boston Consulting Group (BCG) hat in einer jüngst veröffentlichten Studie diese dritte Möglichkeit aufgegriffen. Sie geht davon aus, dass alle Versuche, das Problem übermäßiger Schulden zu lösen, scheitern müssen. Bemerkenswert ist, dass sie dabei an die Sitte im antiken Mesopotamien erinnert, wo jeder neuer Herrscher seine Regierung mit einem allgemeinen Schuldenerlass begann.

Das Problem der Überschuldung ist nämlich nur in seiner Komplexität modern, insofern Verschuldung privater Haushalte, Binnenstaatsverschuldung und Verschuldung ganzer Staaten gegenüber fremdstaatlichen Geldgebern ineinander übergehen. Ansonsten reicht das Problem der Überschuldung zurück bis in die frühen antiken Hochkulturen und dem Beginn der Geldwirtschaft. Deshalb war auch im Alten Israel ein regelmäßiger Schuldenerlass vorgesehen.

„... und vergib uns unsere Schuld wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.“

Wenn schon die weltweit führende Wirtschaftsberatung Boston Consulting Group an den Schuldenerlass in der Antike erinnert, dann sollten wir uns den Stellenwert, den der biblische Schuldenerlass auch in der Christentumsgeschichte einnimmt, in Erinnerung rufen. In der Vater-unser-Bitte heißt es: „... und vergib uns unsere Schuld wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.“ Die neuere Bibelübersetzung in „Gerechter Sprache“ verwendet eine Sprache, die klärt, worum es geht, wenn es dort heißt: „Erlasse uns unsere Schulden, wie auch wir denen vergeben, die uns etwas schuldig sind“ (Mt 6,12). In der Sprache Jesu bezieht sich die Vergebungsbite auf alles, was Menschen einander schulden oder schuldig geblieben sind. Was aber schulden Menschen einander, wenn ein Mitmensch in die Notlage gerät, Schulden aufnehmen zu müssen oder verschuldet ist? Diese Vaterunser-Bitte um Vergebung der Schuld ist ein Notschrei. Die Bitte fasst eine jahrhundertelange Erfahrung mit Schulden und Verschuldung zusammen. Regelmäßig alle fünfzig Jahre Schulden zu erlassen und das Land zu verteilen, ist das Anliegen in Levitikus 25. Das ist Ausdruck einer regelmäßigen Revolution, während der Schuldenerlass in Mesopotamien nur bei der Inthronisation neuer Herrscher erfolgte und deshalb nicht absehbar war. Die im Alten Orient bezeugte Schuldenerlasspraxis und eher die sporadischen Edikte babylonischer Könige in dieser Sache zeugen genau wie schon im alten Sumer bekannte Sklavenbefreiungen (sumerisch: wörtlich: „heim zur Mutter gehen“) von einer sporadischen Regulierung wirtschaftlicher Härten. Die Erlassjahrbestimmungen von Lev 25 sind der am weitesten reichende Versuch, schwere soziale Verwerfungen „abzufedern“. Das Vater-unser fußt auf der Analogie zur unbezahlbaren Schuld. Die

erste Analogie besteht zwischen Gott und dem Menschen als Sünder. Gottes Gnade dem Menschen ist ein Geschenk und kann nicht mit der Leistung des Menschen verrechnet werden. Schulden kann man zurückzahlen, Schuld nicht. Deshalb hat Schuld mit Gnade und nicht mit Rückzahlung zu tun. Das Wort Erlösung verweist auf die Befreiung von unbezahlbarer Schuld. „... wie auch wir vergeben“ lautet die zweite Analogie. Sie bezieht sich auf das Verhältnis des Menschen zu anderen Menschen, die eine unbezahlbare Schuld haben. Diese unbezahlbaren Schulden muss der Mensch erlassen. Gott vergibt die unbegleichenbare Schuld, die der Mensch ihm gegenüber hat, wenn dieser bereit ist, die unbezahlbaren Schulden zu erlassen, die andere Menschen ihm gegenüber haben. Das mittelhochdeutsche Wort „Schuldiger“ verdunkelt heute diese befreiende biblische Tradition, die Jahrhunderte lange Erfahrungen im Umgang mit Schulden zusammenfasst: Wo Geld in Gestalt von Schuldenbergen Leben und Freiheit bedroht, da entfaltet es eine lebensfeindliche Macht und herrscht über den Schuldner. „Der Reiche herrscht über die Armen; und wer borgt, ist des Gläubigers Knecht“ (Spr 22,7). Darlehen geben und Darlehen nehmen zu müssen, begründet ein Unterwerfungsverhältnis. Dieser Akt der Darlehensvergabe führt dazu, dass der Reiche seinen Mitmenschen zu seinem Sklaven macht. Dieser Akt der Darlehensvergabe führt dazu, dass der Reiche seinen Mitmenschen zu seinem Sklaven macht.

Die Bibel, der Koran der Muslime, aber auch Aristoteles dulden keinen Zins. Zins zu nehmen, galt gleichbedeutend mit der Absicht, von einer fremden Notsituation und den Schulden anderer zu profitieren. Es ist eine hilfreiche Erinnerung darauf zu verweisen, dass die Tradition kirchlicher Verurteilung von Zins und Wucher von der Bibel über die Kirchenväter und die Reformatoren bis in unsere Tage reicht. Das Kirchenrecht der römisch-katholischen Kirche, das bis 1983 in Kraft war, führte noch ein Verbot des Zinses, auch wenn es ohne Rechtswirksamkeit war.

Das ethische Grundanliegen der biblischen Tradition im Umgang mit Schulden und Verschuldung lautet: Das Geldsystem darf nicht über das Leben der Menschen herrschen. Das hat drei zentrale Folgerungen:

1. Die Lebensrechte der Menschen haben Vorrang vor den Interessen der Gläubiger oder allgemeiner ausgedrückt: vor dem Geld- und Kreditinteressen.
2. Die einseitige Macht und Abhängigkeit vom Geldgeber muss durchbrochen werden. Deshalb sind Lösungen zu suchen, die sich Schuldner und Gläubiger auf Augenhöhe begegnen.
3. Ein traditioneller ethischer Grundsatz lautet: *ultra posse nemo obligatur* (Über das Können hinaus wird niemand verpflichtet). Das besagt, dass eine moralische oder rechtliche Verpflichtung zu einer Leistung, die unmöglich ist, nicht bestehen kann. Schulden, die nicht bezahlt werden können, müssen erlassen werden.

Der Kapitalismus ist System, das davon lebt, Menschen in eine Verschuldung zu treiben, die ganze Völker in ein ähnliches Ausmaß wie eine moralische Schuld bedrückt. Es kann nun nicht darum gehen, biblische Lösungen aus einer vergangenen Zeiten zu übertragen. Die Texte der Bibel entstammen einer vormodernen Welt. Jede Auslegung dieser Texte muss die Differenz der

wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse, der wissenschaftlichen Kenntnisse und technischen Fähigkeiten sowie der Mentalitäten berücksichtigen. Die Differenz zwischen den alten Texten und den heutigen Verhältnissen kann negativ als Defizit als tiefe Kluft, die die heutige Gesellschaft von der vormodernen trennt, beschrieben werden. Sie kann als die Chance verstanden werden, aufgrund durch die Fremdheit der biblischen Texte einen differenten Blick auf die gegenwärtigen Verhältnisse zu gewinnen. Natürlich gelten auch in der Antike ökonomische Gesetze. Aber das Wirtschaften ist eingebettet in eine Welt, deren höheres Ideal mit „Recht und Gerechtigkeit“ zu umschreiben ist. Die fremden Texte lassen heute darauf beharren, dass auch eine moderne Gesellschaft sich keineswegs dem Diktat des Ökonomischen unterwerfen sollte. Das Problem der Verschuldung ist ein modernes Problem nur in seiner Komplexität und Tragweite, insofern private Haushalte, Staaten im Innern und Staaten gegenüber Geldgebern sich verschulden können. Doch das Problem der Überschuldung reicht zurück bis in die Anfänge der Hochkulturen und der Geldwirtschaft.

In kirchlichen Erklärungen mehren sich seit einigen Jahren die Stimmen, die angesichts gesellschaftlicher und weltweiter Spaltungs- und Verarmungstendenzen die biblische Erlassjahrtradition wiederentdecken und in Erinnerung rufen. Der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden hat in seinem Dokument *Für eine bessere Landverteilung - Die Herausforderung der Agrarreform* (1998) direkt auf die biblische Tradition des Jubeljahr Bezug genommen. „Der Geist des Jubeljahres möge uns veranlassen, angesichts der vielen Sünden auf persönlicher und gesellschaftlicher Ebene, die zu tragischer unsäglicher Armut und Ungerechtigkeit führen, auszurufen ‚genug damit!‘ Unter Berufung auf die einzigartige grundlegende Bedeutung, die der Gerechtigkeit in der Frohbotschaft zukommt, nämlich die Schwachen als Kinder Gottes in ihren Rechten zum Wohle der Schöpfung zu schützen, geben wir dem innigen Wunsch Ausdruck, dass das Jubeljahr wie in der biblischen Geschichte über eine Verteilung des Grundbesitzes, die von dem Geist der Solidarität geprägt ist, auch heute zur Wiederherstellung dieser sozialen Gerechtigkeit führen möge.“ Die römische Enzyklika *Tertio millennio adveniente* nimmt den Jahrtausendwechsel zum Anlaß, den Appell für Entschuldung zu erneuern und in der Erinnerung an das alttestamentliche Erlaß- und Jubeljahr (Lev 25,8-28) zu verstärken: „So werden sich ... die Christen zur Stimme aller Armen der Welt machen müssen, indem sie das Jubeljahr als eine passende Zeit hinstellen, um unter anderem an einer Überprüfung, wenn nicht überhaupt an einen erheblichen Erlaß der internationalen Schulden zu denken, die auf dem Geschick vieler Nationen lasten“ (Nr. 51). Eine Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und des deutschen Bischofskonferenz *Internationale Verschuldung - eine ethische Herausforderung* vom 21. Oktober 1998 unterstützt Entschuldungskampagnen und fordert die Einrichtung eines internationalen Insolvenzrechts, das der Überschuldung von Ländern in Zukunft vorbeugen könnte. Der Teufelskreis der Marginalisierung armer Länder lasse sich nur durchbrechen in einer Verbindung von Schuldenerlass und internen Reformen der betroffenen Länder sowie einer neuen Wirtschaftspolitik der reichen Staaten. Auch wenn der Grundsatz, dass die Schulden bezahlt werden müssen, richtig sei, so gäbe es dennoch ein ethisches Argument, das die Kirchen sich mit Bezug auf die römische Enzyklika *Centesimus annus* Nr. 35 so begründen: „Es ist jedoch nicht erlaubt, eine Zahlung einzufordern oder zu beanspruchen, die zu politischen Maßnahmen zwingt, die

ganze Völker in den Hunger und in die Verzweiflung treiben würde. Man kann nicht verlangen, dass die aufgelaufenen Schulden mit unzumutbaren Opfern bezahlt werden.“

Deshalb lässt sich mit der biblischen Tradition fragen, welche lebensfreundlichen Orientierungen sich in diesen Lösungen ausdrücken und ob diese Orientierungen hilfreich für eine Lösung heutiger Probleme sein könnten?

3. Folgerung für eine Finanzarchitektur, die dem Leben dient

Für die Vermögenden war der Neoliberalismus eine goldene Epoche. Deshalb stellt sich in der Schuldenkrise die Frage, ob die Wohlhabenden zur Lösung der Krise herangezogen werden oder ob sie versuchen werden, ihre Position auch um den Preis einer massiven sozialen und politischen Krise zu verteidigen. Die Finanzkrise ist von denen verursacht, die Verantwortung in der Finanzökonomie innehaben. Hier versagt das Leitbild der schwäbischen Hausfrau vollends. Wird doch mit dem Bild der schwäbischen Hausfrau ausgesagt, dass alle ohne Unterschied die Krise verschuldet haben, weil sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten. So verdeckt das Bild der schwäbischen Hausfrau den eigentlichen Skandal, der darin besteht, dass die Gerechtigkeitsfrage nicht gestellt wird.

Verschuldung ist die Schattenseite des Kapitalismus. Er braucht die Verschuldung und trägt sie auf dem Rücken der Schwachen und Armen aus. Mit staatlichen Sparprogrammen werden die Arbeitslosen, die Alleinerziehenden, die Armen als Schuldige zur Krisenlösung herangezogen, während die Verursacher geschont werden, die Abermillionen an den Spieltischen des globalen Kasinos gewonnen, verzockt und verspielt haben und die Politiker, die ihnen dies ermöglicht haben. Die Armen werden als Schuldige ausgemacht, die die Schuld der Verschuldung abtragen sollen. Die Armen müssen den Wohlstand derer erarbeiten, die durch Geldbesitz ein leistungsloses Einkommen erzielen können. Deshalb vollzieht im Rücken zur Debatte um die Verschuldung der Streit darum, ob sich das finanzmarktorientierte angelsächsische Wirtschafts- und Sozialmodell oder das europäische einer sozial eingebetteten Wirtschaft durchsetzt.

Die Politik ist auf ihre Verantwortung anzusprechen, die Macht und die Eigeninteressen der Finanzmarktakteure gesellschaftlich einzuhegen. Deshalb ist es an der Zeit, einen Schuldenerlass bei den privaten Gläubigern durchzusetzen, die vor der Krise durch ihr angesammeltes Vermögen die Krise herbeigeführt haben. Danach aber ist eine politische Regulierung für eine globale Finanzarchitektur zu entwerfen, die eine systematische und existenzvernichtende Überschuldung im Normalfall und auf Dauer gesehen verhindert.

Schulden sind nicht vorrangig ein ökonomisches Problem sondern ein moralisches. Sie begründen nämlich ein Abhängigkeitsverhältnis, das aus einem Versprechen herrührt, das auch mit Gewalt durchgesetzt werden kann: Rentenkürzung, Lohnsenkung, Abbau staatlicher Souveränität. Der Kapitalismus braucht die Verschuldung und kann ohne Verschuldung nicht jenes Wachstum generieren, von dem alle profitieren. Die Probleme der Verschuldung, mit denen wir es auf privater

Ebene wie auch auf der von Staaten zu tun haben, ist nicht aus dem Versagen sondern aus dem paradoxen Erfolg des (Finanz-)kapitalismus entstanden. Für die Verschuldung des Einzelnen wie auch ganzer Volkswirtschaften gilt deshalb: Es gibt ökonomische Schulden ohne Schuld. Da offensichtlich Verschuldung nicht nur erwünscht ist, sondern ein notwendiger Bestandteil des destruktiven Finanzkapitalismus, kann sich niemand – gerade auch bei Privatkrediten und Konsumdarlehen - ethisch allein schuldig fühlen, wenn er verschuldet ist – selbst wenn er unvorsichtig war oder grobe Fehler gemacht hat. Denn auch mitten in der größten Not der Überschuldung ist das scheinbare „Fehlverhalten“ immer noch nützlich für den, der aus der Kreditvergabe seinen Nutzen und Gewinn hat ziehen können.

Franz.Segbers@online.de